



Presseschau vom 08.07.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Außer der Reihe – Lesetipp:

de.sputniknews.com: „Sowjetunion für Kriegsausbruch verantwortlich und nur ein klein wenig Hitler“

<https://sptnkne.ws/4C7c>

vormittags:

lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden fünfmal das „Regime der Ruhe“ im Verantwortungsbereich der LVR verletzt. Dies teilte die Vertretung der Republik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination des Regimes der Feueinstellung (GZKK) mit.

Beschossen wurden die Gebiete von **Perwomajsk, Frunse, Losowoje und Logwinowo**. Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Granatwerfern und Schusswaffen, darunter großkalibrigen.

de.sputniknews.com: OSZE-Resolution gegen Nord Stream 2 – erste Reaktionen aus Russland

Russische Politiker kommentieren nun die Verabschiedung einer kritischen OSZE-Resolution gegen die Pipelines Nord Stream 2 und Turkish Stream.

Der Chef des Außenschusses des russischen Föderationsrates (Parlamentsoberhaus)

Konstantin Kossatschjow verwies auf den Bestand der OSZE und der Parlamentarischen

Versammlung. „Dort gibt es 57 Staaten, 57 nationale Parlamente. Davon sind mehr als die Hälfte, 29, Parlamente der Nato-Länder“, erläuterte Kossatschjow gegenüber RT.

„Wir sehen, wie die Mehrheit einmal über das andere bei der Parlamentarischen Versammlung der OSZE für die Verabschiedung stimmt, aber die Entscheidungen spiegeln nur die Position des Westens wider, die darauf abzielt, Russland maximal einzudämmen und zu isolieren sowie zu diskreditieren, wobei man davon potenzielle Partner abzieht“, sagte der Politiker.

Mit solchen Entscheidungen mache die Euro-Atlantische Gemeinschaft die Tätigkeit der OSZE sinnlos. Es gebe keinen Sinn in der Verabschiedung der Resolution über Nord Stream 2 und sie zeige die Position der Nato zu den Projekten Nord Stream 2 und Turkish Stream. „Für uns ist es keine Überraschung.“

Ähnlicher Meinung ist der Vorsitzende des Ausschusses für Informationspolitik beim Föderationsrat (Oberhaus des russischen Parlaments), Alexej Puschkow. Er geht davon aus, dass das geschlossene Dokument mit allen Abänderungen der Versuch sei, Druck auf Österreich, Deutschland und andere Länder, die an der Umsetzung von Nord Stream 2 interessiert sind, auszuüben.

„Das Projekt ist nicht von der Parlamentarischen Versammlung der OSZE abhängig“, twitterte der Politiker.

Am Sonntag hatte der Politik- und Sicherheitsausschuss der Parlamentarischen Versammlung der OSZE eine kritische Resolution gegen die Pipelines Nord Stream 2 und Turkish Stream verabschiedet. Die beiden Projekte werden darin als mögliche Instrumente zur Ausübung politischen und wirtschaftlichen Drucks auf energieabhängige Staaten bemängelt. Der zugrunde liegende Entwurf wurde von US-Abgeordneten vorgelegt.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32298/82/322988287.jpg>

Dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 7. Juli 3:00Uhr bis 8. Juli 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 19.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Dolomitnoje, Golmowskij, Dokutschajewsk, Leninskoje, Kominternowo, Oktjabrj, Kulikowo, Krasnoarmejskoje.**

Wie bereits mitgeteilt, wurden infolge von Beschuss seitens der BFU auf Sajzewo folgende Schäden festgestellt:

- Rybalko-Straße 169 (Wirtschaftsgebäude gerieten in Brand);

- Obrutschew-Straße 48 (Treffer auf eine Garage).

Außerdem wurden infolge von Mörserbeschuss der BFU auf die Siedlung des Gagarin-Bergwerks Schäden am Dach des Wohnhauses in der Jakub-Kolas-Straße 24 festgestellt.

Außerdem wurde in der Nacht Krasnoarmejskoje von Seiten der BFU mit Artillerie beschossen. Es wurden 20 Granaten des Kalibers 152mm abgeschossen. Während des Beschusses wurde eine Gasleitung in der Perwomajskaja-Straße 18 beschädigt.

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen bewaffneten Formationen abgefeuerten Geschosse betrug 183.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 226.

Ab 01:01 Uhr am 8. März 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feueinstellung, der „Frühlings“-waffenstillstand in Kraft.

de.sputniknews.com: **Irans Atom-Programm: USA drohen mit neuen Sanktionen**

US-Außenminister Mike Pompeo hat dem Iran angesichts der Erweiterung seines Atomprogramms mit Isolation und neuen Sanktionen gedroht, wie aus einer von ihm via Twitter veröffentlichten Mitteilung hervorgeht.

„Die jüngste Erweiterung des iranischen Atomprogramms wird zu einer weiteren Isolation und zu Sanktionen führen. Die Länder sollten den jahrelangen Standard der ausgesetzten Anreicherung für das iranische Atomprogramm wiederherstellen“, schrieb er auf Twitter.

„Ein mit Atomwaffen ausgerüstetes iranisches Regime würde eine noch größere Gefahr für die Welt darstellen“, fügte er hinzu.

Am Sonntag hatte der Iran erklärt, er wolle sich nicht mehr an seine im Wiener Atomabkommen von 2015 vorgesehenen Verpflichtungen halten. Grund sei, dass die anderen Teilnehmer des Gemeinsamen umfassenden Aktionsplans (Joint Comprehensive Plan of Action, JCPOA) die Forderungen Teherans in Bezug auf seine wirtschaftliche Interessen innerhalb von 60 Tagen nicht erfüllt hätten. Daher werde sich der Iran nicht mehr an das erlaubte Limit von 3,67 Prozent halten und die Urananreicherung je nach Bedarf erhöhen. In 60 Tagen will Teheran ankündigen, auf welche Verpflichtungen des Atom-Deals es in der dritten Etappe verzichten wird.

Am 8. Mai hatte Teheran die erste Phase der Aussetzung seiner Verpflichtungen bekanntgegeben, die im Atom-Deal vorgesehen waren. Damals handelte es sich um die Einschränkung der Bestände von Schwerwasser und angereichertem Uran.

Am 8. Mai 2018, vor genau einem Jahr, hatte US-Präsident Donald Trump den Ausstieg der USA aus dem Atom-Deal verkündet, den die fünf UN-Vetomächte und Deutschland im Jahr 2015 mit dem Iran geschlossen hatten und wieder wirtschaftliche Sanktionen gegen Teheran verhängt.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images//32523/33/325233306.jpg>

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Wie bereits mitgeteilt wurde, haben die bewaffneten Formationen der Ukraine heute um 6:40 Uhr morgens das Feuer in Richtung Krasnoarmejskoje bei Mariupol mit verbotener 152mm-Artillerie eröffnet. Insgesamt wurden 40 Geschosse in Richtung der genannten Ortschaft abgefeuert. Infolge des Beschusses wurde eine Stromleitung beschädigt. Krasnoarmejskoje, Primorskoje, Kasazkoje haben keinen Strom. Nach vorläufigen Informationen gibt es keine Opfer, genauere Informationen werden ermittelt.

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Wie bereits mitgeteilt wurde, haben die BFU heute um 5:15 Uhr das Feuer aus Richtung Derschinsk in Richtung Siedlung Gagarin-Bergwerks in Gorlowka mit Mörsern des Kalibers 120mm eröffnet. Dabei wurde eine Stromleitung beschädigt. Komarowa hat keinen Strom. Derzeit läuft die Stromversorgung über Reserveleitungen. Außerdem wurden Schäden an Garagen der Autokooperative „Kometa“ in der Schaschurin-Straße 15a festgestellt: 11 Garagen wurden von Splittern durchschlagen und 5 haben ernsthafte Schäden an Dächern, Wänden und Toren. Nach vorläufigen Informationen gibt es keine Opfer, genauere Informationen werden ermittelt.

de.sputniknews.com: **Deutschland macht sich nicht von Russland abhängig: Altmaier zu Nord Stream 2**

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier ist auf die Vorteile der Gaspipeline „Nord Stream 2“ eingegangen und hat erklärt, warum man die Gasleitung Berlin in keiner Weise von Moskau abhängig machen kann.

„Wir machen uns nicht von Russland abhängig“, betonte der Minister. „Es geht darum, die Lieferwege zu verkürzen und neue Lieferstrukturen aufzubauen, denn wir werden in den nächsten Jahren einen deutlich steigenden Gasbedarf haben“, fügte er hinzu. Aus demselben Grund würden auch Flüssiggas-Terminals für amerikanisches Gas gebaut“, äußerte er in einem Interview mit der „Bild“.

Mit dem Ausstieg aus Kohle- und Atomstrom werde Deutschland für eine Übergangszeit auf mehr Gaskraftwerke angewiesen sein, erläuterte der Minister.

Über die Pipeline Nord Stream 2 sollen auf dem Grund der Ostsee jährlich bis zu 55 Milliarden Kubikmeter Gas von Russland nach Deutschland gepumpt werden.

Dan-news.info: „Ein Zivilist, geb. 1974, wurde verletzt. Der Vorfall ereignete sich in der Jakub-Kolas-Straße 26/2, Bessarabka. am 6. Juli um 12 Uhr. Am 8. Juni hat er sich an einen

Arzt gewandt“, teilte der Bürgermeister von Gorlowka Iwan Prichodko mit. Er fügte hinzu, dass der Verletzte eine Splitterverletzung am rechten Ellenbogen hat.

nachmittags:

Dan-news.info: „Gerade ist am Ort des morgendlichen Beschusses in der Jakob-Kolas-Straße ein Filmteam des Fernsehsenders „6 TV“ unter Beschuss geraten. Es wurde mit Schusswaffen geschossen“, teilte der Bürgermeister von Gorlowka Iwan Prichodko mit. Verletzt wurde niemand.

de.sputniknews.com: **Bundesregierung weist US-Bitte um deutsche Bodentruppen in Syrien zurück**

Die Bundesregierung hat der US-Bitte um deutsche Bodentruppen für den Einsatz gegen die Terrororganisation Islamischer Staat (IS)* in Syrien eine Absage erteilt, wie am Montag Regierungssprecher Steffen Seibert mitteilte.

„Wenn ich sage, dass die Bundesregierung es ins Auge fasst, ihre bisherigen Maßnahmen im Rahmen der Anti-IS-Koalition fortzuführen, dann zählen dazu bekanntlich keine Bodentruppen“, sagte er wörtlich.

Er betonte dabei, die Regierung wolle nur die bisherigen militärischen Beiträge zur Anti-IS-Koalition – „Tornado“-Aufklärungsjets, ein Tankflugzeug und Ausbilder im Irak – fortführen. Der US-Sonderbeauftragte für Syrien und die Anti-IS-Koalition, James Jeffrey, hatte zuvor die Bundesregierung um Unterstützung der von Kurden angeführten Syrischen Demokratischen Kräfte (SDF) im Nordosten des Landes mit Bundeswehr-Kräften gebeten. Konkret geht es um den Einsatz von Ausbildern, Logistikern und technischen Spezialisten. US-Präsident Donald Trump hatte im Dezember den Abzug von rund 2000 amerikanischen Soldaten aus Nordost-Syrien angekündigt. Dort unterstützen sie die oppositionelle Miliz SDF, deren Kämpfer im März die letzte Hochburg der IS-Terroristen in Syrien eingenommen hatten. Dennoch sind Dschihadisten weiterhin aktiv – nun im Untergrund. Inzwischen hieß es aber von Washington, man wolle doch bis zu 400 Soldaten in Nordost-Syrien lassen, damit sich die Situation in den Kurdengebieten stabilisiert. Dabei soll es außerdem um Unterstützung der US-Verbündeten aus der Anti-IS-Koalition gehen.

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 08.07.2019**

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Kämpfer die Gebiete von neun Ortschaften der Republik beschossen, es wurden 25 152mm-Artilleriegranaten, 6 122mm-Artilleriegranaten, 11 Geschosse mit Panzerwaffen und 52 Mörsergeschosse, davon 21 des Kalibers 120mm, abgefeuert.

In **Richtung Gorlowka** haben die Kämpfer Poljakows und Garas' aus der 53. und 30. Brigade die **Siedlung des Gagarin-Bergwerks, Dolomitnoje und Golmowskij** mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer der 35. Brigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Palas **Dokutschajewsk** unter Einsatz von Scharfschützenpaaren mit Deckung durch automatische Granatwerfer beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer aus der 36. und 40. Brigade unter Kommando Gnatows und Lawrienkos ihre Anstrengung zur Auslöschung der Zivilbevölkerung des Donbass erhöht und den Beschuss von **Kominternowo, Leninskoje, Oktjabrj, Kulikowo und Krasnoarmejskoje** unter Einsatz von Artillerie des Kalibers 152 und 122mm, Panzern, 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern verschiedener Art,

großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen fortgesetzt.

Durch Beschuss von Seiten der BFU starb einer unserer Verteidiger. Wir bringen seiner Familie gegenüber unser aufrichtiges Beileid zum Ausdruck.

Die Einheiten der Volksmiliz der DVR waren gezwungen das Feuer mit nicht von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen zu erwidern. In der Folge von erwidern dem Feuer wurden Feuerstellungen des Gegners unterdrückt, die **Verluste unter den ukrainischen Verbrechern betrug zwei Tote und drei Verletzte.**

Die Gesamtzahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU betrug 19.

Heute Morgen haben die ukrainischen Straftruppen aus der 40. Brigade auf Anweisung des Kriegsverbrechers Lawrienko die Läufe angeblich „abgezogener“ Artilleriegeschütze ausgepackt und einen massiven Beschuss von Krasnoarmejskoje vorgenommen und dabei 40 152mm-Artilleriegranaten auf die Ortschaft abgefeuert. Infolge des Beschusses wurde die Fensterverglasung einer Schule beschädigt, eine Gasleitung in Krasnoarmejskoe wurde durchschlagen, außerdem wurde eine Stromleitung durchschlagen, dadurch haben Krasnoarmejskoje, Primorskoje und Kasazkoje keinen Strom. Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen an Objekten der zivilen Infrastruktur werden noch ermittelt.

Außerdem wurden durch Beschuss der Siedlung des Gagarin-Bergwerks Schäden an Garagen der Autokooperative „Kometa“ in der Schaschurin-Straße 15a festgestellt, in der 11 Garagen von Splittern beschädigt wurden und 5 Garagen ernsthafte Schäden an Dächern, Wänden und Toren haben, zudem wurde das Dach des Wohnhauses in der Jakub-Kolas-Straße 24 beschädigt.

Alle Fälle von Beschuss auf Ortschaften sind dokumentiert, die Materialien wurden an Vertretern der internationalen Organisationen, die sich in der Republik befinden, sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR zur Aufnahme von Strafverfahren gegen die ukrainischen Kriegsverbrecher übergeben.

Die Verstärkung es Beschusses friedlicher Städte im Süden der Republik hängt damit zusammen, dass der Kommandeur der 36. Bande Gnatow versucht, seine großen nicht kampfbedingten Verluste unter dem Personal gegenüber dem Kommando der OOS zu verheimlichen und einen Befehl erteilt hat, das provokative Feuer auf Positionen der Volksmiliz der DVR zu verstärken, um dann die nicht kampfbedingten Verluste als kampfbedingt auszugeben. Von unseren Quellen ist uns bekannt, dass allein in den letzten zwei Tagen in dieser Einheit vier Kämpfer starben, weil sie auf eigene Minen gerieten, außerdem wurden zwei Kämpfer, die die Regeln zur Einrichtung von Minensperren grob verletzt haben, schwer durch die Detonation ihrer eigenen Sprengeinrichtung, die sie im Gebiet ihrer Position versuchten zu installieren, verletzt.

Außerdem ist in der genannten Einheit eine Ermittlungsgruppe des militärischen Rechtsordnungsdienstes unter Führung der Leiters der Donezker Gebietsabteilung des Dienstes Oberst Fomuljajew eingetroffen, um die Fälle von Beschuss der Swjato-Spiridonowskij-Kirche und eines Filmteams des russischen Fernsehsender „Swesda“ zu untersuchen. Die Aufgabe der Ermittlungsgruppe ist es, die Schuldigen an der Verletzung der Minsker Vereinbarungen festzustellen und Fälle von Verheimlichung von nicht kampfbedingten Verlusten in der 36. Brigade aufzudecken.

Trotz der von Selenskij durchgeführten Umbildung im führenden Personal des Verteidigungsministeriums ist die Lage der Dinge bezüglich der Korruption und der kriminellen Tätigkeit unter dem normalen und kommandierenden Personal der BFU in der OOS-Zone unverändert geblieben. Nach unseren Informationen beträgt der Schaden an der Verteidigungsfähigkeit der Ukraine aufgrund der Kriminalität des Kommandeurs der 57. Brigade Mischantschuk im Zusammenhang mit dem Diebstahl von Munition und anderem militärischen Material mehr als 50 Mio. Griwna. Zu diesem Fall führt eine Kommission des

Verteidigungsministeriums der Ukraine eine Überprüfung von Waffen und materiell-technischem Eigentum der Brigade durch, um dann dem Präsidenten der Ukraine zu berichten.

de.sputniknews.com: **Bundeswehrcamp in Afghanistan beschossen**

Im Norden Afghanistan ist ein Camp der Bundeswehr beschossen worden. Das Camp Pamir bei Kundus ist durch einen Raketenbeschuss getroffen worden. Dies teilte die Bundeswehr am Montag via Twitter mit.

Demnach ereignete sich der Vorfall bereits am Samstagabend (Ortszeit). Deutsche Soldaten seien nicht zu Schaden gekommen, hieß es weiter.

„Am 06. Juli 2019 um 19:49 Uhr Mitteleuropäischer Sommerzeit (MESZ) wurde das Camp Pamir bei Kundus in #Afghanistan durch einen Raketenbeschuss getroffen. Deutsche Soldaten kamen nicht zu Schaden.“

Die Bundeswehr ist am Nato-Einsatz „Resolute Support“ in Afghanistan mit bis zu 1300 Soldaten beteiligt. Der Bundestag hatte Ende März das Mandat für den Einsatz deutscher Soldaten um ein weiteres Jahr verlängert. Der Einsatz dient der Unterstützung und Ausbildung afghanischer Sicherheitskräfte.

mil-lnr.info: **Erklärung des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR I.M. Filiponenko**

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen bewaffneten Formationen **fünfmal das Regime der Feueereinstellung mit von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen verletzt**.

In **Richtung Slawjanoserbsk** wurde auf Befehl des Kommandeurs der 14. mechanisierten Brigade, des Kriegsverbrechers Wojtschenko, **Perwomajsk** mit 120mm- und 82mm-Mörsern beschossen.

Infolge des Beschusses wurden ein Wohnhaus in der Wesjolaja-Straße 8 beschädigt, Wirtschaftsgebäude im Hof des Hauses sowie eine Stromleitung.

In **Richtung Popasnaja** wurde auf Befehl des Kommandeurs der 54. mechanisierten Brigade, des Kriegsverbrechers Majstrenko, **Frunse** mit großkalibrigen Maschinengewehren beschossen.

In **Richtung Debalzewo** wurden auf Befehl des Kommandeurs der 30. mechanisierten Brigade, des Kriegsverbrechers Garas, **Losowoje** und **Logwinowo** mit 120mm- und 82mm-Mörsern beschossen.

Die ukrainischen Soldaten stationieren weiter schwere Technik in Wohngebieten von Ortschaften auf dem von ihnen kontrollierten Territorium.

Unsere Aufklärung hat die Stationierung von zwei 152mm-Artilleriegeschützen „Akazija“ aus dem Bestand der 54. Brigade in der Nähe von Wohnhäusern in Drushba im Popasnaja-Bezirk registriert. Ein weiteres Mal rufen wir die Einwohner des von der Ukraine besetzten Territoriums des Donbass auf, keine Stationierung von Waffen und Militärtechnik der BFU in der Nähe ihrer Häuser und von Objekten der zivilen Infrastruktur zuzulassen und alle entdeckten Fälle den OSZE-Beobachtern mitzuteilen.

Von unserer Quelle im Stab der OOS erhalten wir weiter Informationen über Vorfälle und Verbrechen in Verbänden und Truppenteilen der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“.

In der 54. Brigade der ukrainischen Streitkräfte hat der SBU einen Kanal zur Übergabe von Informationen über die Personalstärke sowie die Quantität und Qualität des Personals des Verbandes aufgedeckt. Die Mitarbeiterin der Personalabteilung, die Soldatin Sawuschkina hat über zehn Monate hinweg Soldaten der Volksmiliz Personaldaten über Offiziere und Vertragssoldaten des Verbandes übergeben, die in ihren Personalakten zu finden waren.

Als er von der Spionage erfuhr, hat der Leiter der Personalabteilung versucht, Selbstjustiz zu verüben und auf die mit seiner Dienstwaffe geschossen, in der Folge wurde Sawuschkina mit

einer Verletzung am Bauch in ein Krankenhaus von Kramatorsk eingeliefert.
Zurzeit arbeiten in den Einheiten der 54. Brigade Mitarbeiter des militärischen Rechtsordnungsdienstes.

de.sputniknews.com: **Starke Visum-Erleichterung für russische Exklave Kaliningrad**
Bürger von insgesamt 53 Ländern, darunter Deutsche, müssen nicht mehr die Russische Botschaft aufsuchen, wenn sie ein Visum für Kaliningrad benötigen. Der Antrag kann einfach online eingereicht werden und wird in maximal vier Tagen bearbeitet.

Für Menschen, die das russische Gebiet Kaliningrad (ehemals Königsberg) besuchen wollen, gibt es seit Montag letzter Woche eine große Visa-Erleichterung: Bürger von insgesamt 53 Ländern, darunter auch deutsche Staatsbürger, können nun online einen kostenlosen Visum-Antrag stellen, der in gerade einmal vier Tagen bearbeitet wird. Ein solcher Antrag ermöglicht den Reisenden einen Aufenthalt von bis zu 30 Tagen.

Alexander Zirjulnikow, Mitarbeiter des Grenzdienstes Kaliningrad, teilt mit:

„Die Vorbereitung der Mitarbeiter der Einreisebehörde gestaltete sich unkompliziert, da wir hier auf Erfahrungen zurückgreifen konnten, die wir bei der Fußball-WM 2018 gesammelt haben.“

Um ein Visum zu erhalten, muss ein Antrag auf der Internetseite der Russischen Botschaft gestellt und ein digitales Foto der Person angehängt werden. Zuvor mussten Menschen, die nach Kaliningrad reisen wollten, die nächste Russische Botschaft aufsuchen. Das bedeutete Reisekosten und Zeitaufwand. Zudem wurde ein einfaches Visum für gerade einmal 15 Tage ausgestellt.

<iframe width="812" height="457"

src="https://video.img.ria.ru/Out/Flv/20190708/2019_07_08_kaliningrad_wd3a45vc.kxx.mp4" frameborder="0" allow="accelerometer; autoplay; encrypted-media; gyroscope; picture-in-picture" allowfullscreen></iframe>

https://video.img.ria.ru/Out/Flv/20190708/2019_07_08_kaliningrad_wd3a45vc.kxx.mp4

Dan-news-info: „Im Rahmen des humanitären Programms zur Wiedervereinigung des Volkes des Donbass hat das Arbeits- und Sozialministerium der DVR in der letzten Woche an 12 kinderreiche Familien auf dem zeitweilig von der Ukraine kontrolliertem Territorium einmalige Zahlungen ausgezahlt. Die Gesamtsumme der Zahlungen betrug 144.000 Rubel“, teilte das Ministerium mit.

Die Übergabe der Mittel erfolgte in den den Zentren für soziale Unterstützung und administrative Dienstleistungen an den Kontroll- und Passierpunkten an der Abgrenzungslinie.

de.sputniknews.com: **Nach erweiterter Urananreicherung: Iran droht mit weiterem Teilausstieg aus Atomdeal**

Der Iran hat am Montag mit einem weiteren Teilausstieg aus dem Atomabkommen gedroht und zugleich seine Gesprächsbereitschaft bekräftigt.

Am Montag bestätigte der Sprecher der iranischen Atomenergieorganisation Behrus Kamalwandi, dass der Iran die 3,67-Prozent-Obergrenze bei der Urananreicherung nun offiziell überschritten habe.

„Der Westen sollte nicht die legitimen Entscheidungen des Irans kritisieren, sondern versuchen, uns mit praktischen Lösungen davon zu überzeugen, an dem Abkommen festzuhalten“, verlautbarte Außenamtssprecher Abbas Mussawi am Montag in Teheran. Der Iran habe sich bis zum vergangenen Monat an den Vertrag gehalten, die USA aber seien schon vor einem Jahr ausgestiegen und hätten keine ihrer Verpflichtungen erfüllt, fügte Mussawi hinzu.

Mussawi betonte, der Iran sei trotz der Probleme weiter an einer Rettung des Abkommens

interessiert. „Das Fenster der Diplomatie bleibt offen“, sagte er. Das gelte auch für die Vereinigten Staaten – allerdings nur, wenn Washington die Sanktionen aufhebe, was jedoch als unwahrscheinlich gilt.

Mussawi kündigte an, dass ein Berater des französischen Präsidenten, Emmanuel Macron, in den nächsten Tagen zu Gesprächen im Iran erwartet werde. Ende Juli solle es ein Treffen der Außenminister aller Vertragspartner ohne die USA geben.

Die Führung in Teheran hatte am Sonntag angekündigt, Uran wieder je nach Bedarf auf fünf bis 20 Prozent anzureichern, wobei nach dem Wiener Abkommen eine Anreicherung auf maximal 3,67 Prozent zugelassen ist. Dieser Schritt kam als eine Reaktion auf das Vorgehen der USA, die seit ihrem Ausstieg aus dem Atomabkommen schwere Sanktionen gegen Teheran verhängt hatten, gewertet werden.

Kommenden Mittwoch will der Gouverneursrat der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) in Wien bei einer Sondersitzung über die Lage beraten.

Dan-news.info: **„Heute Morgen haben die BFU den Süden der DVR massiv beschossen, Energieobjekte wurden ernsthaft beschädigt, 21 Ortschaften hatten keinen Strom. Bereits um 6:40 Uhr gelang es, vier Unterstationen wieder in Betrieb zu nehmen, um 9:20 Uhr eine weitere, 10 Ortschaften, 5290 Verbraucher, haben wieder Strom“,** teilte das Kohle- und Energieministerium der DVR mit.

Insgesamt waren vom Beschuss der ukrainischen Truppen sieben große Unterstationen betroffen, dadurch hatten 6600 Verbraucher keinen Strom.

Die Einwohner von Krasnoarmejskoje, Ukrainskoje, Kulikowo, Oktjabrj, Wedenskoje, Schewtschenki, Golobokoje, Porochnja, Perwomajskoje, Katschkarskoje und Mitjkowo-Katschary haben immer noch keinen Strom. Entstöungsbrigaden des republikanischen Unternehmens „Regionale Energielieferungsgesellschaft“ bringen alle Kräfte ein, um die Reparaturarbeiten möglichst schnell abzuschließen.

de.sputniknews.com: **Freihandelszone: Rouhani verordnet Umsetzung von Interimsabkommen mit Eurasischer Wirtschaftsunion**

Irans Präsident Hassan Rouhani hat die Umsetzung des provisorischen Abkommens angeordnet, das die Einrichtung einer Freihandelszone zwischen dem Iran und der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) vorsieht. Dies geht aus einer Mitteilung auf der Website des Staatschefs am Montag hervor.

Das entsprechende Gesetz richtete Rouhani an das Handels- und Industrieministerium des Landes.

Die EAWU-Länder und der Iran hatten am 17. Mai 2018 auf dem Wirtschaftsforum in Astana ein Interimsabkommen zur Schaffung einer Freihandelszone unterzeichnet. Das Dokument verpflichtet die Parteien, innerhalb von einem Jahr nach seinem Inkrafttreten Verhandlungen zur Erarbeitung eines vollwertigen Freihandelsabkommens aufzunehmen.

Die Umsetzung des Abkommens soll zum Anstieg des Handelsvolumens, zur Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten sowie zu einer Zunahme der Lieferungen von russischen Industrie- und Agrarerzeugnissen an den Iran beitragen.

Lug-info.com: Die Erklärungen Kiews über seine Bereitschaft, die von den ukrainischen Streitkräften zerstörte Brücke bei Staniza Luganskaja wiederaufzubauen, sind unrealistisch, erklärte der Außenminister der DVR Wladislaw Dejnogo.

„Das waren unrealistische Absichten“, sagte Dejnogo bezüglich der Erklärungen von Vertretern Kiews über ihre Bereitschaft, die Brücke durch Kräfte der ukrainischen Seite wiederaufzubauen.

„Jetzt erarbeitet der Ministerrat der LVR die Frage des Wiederaufbaus nach dem Entwurf des IKRK. Wir sind bereit, selbständig dieses Projekt zu finanzieren, wenn das notwendig ist“,

sagte er.

„Wir bemühen uns, dies so schnell wie möglich zu tun. Bezüglich der Lage nach der Trennung der Kräfte und Mittel an diesem Abschnitt gibt es diese Möglichkeit, in einer ruhigen Situation alle notwendigen Arbeiten durchzuführen, die Reparatur der Brücke zu erledigen, damit die Menschen bequemer die Strecke überwinden können“, sagte Dejnogo.

„Die Erklärungen Kiews waren nur ein Versuch, PR mit dem Thema der zerstörten Brücke zu treiben. In Minsk bei den Verhandlungen haben wir versucht zu verstehen, wovon die Ukraine redete, welche 60 Mio. Euro es sind, über die die Presse berichtete, was das überhaupt für ein Entwurf ist u.s.w. Alles was uns gelang von den Vertretern der ukrainischen Delegation in Minsk zu erfahren, war die Versicherung, dass alles gut sein wird, die Brücke wird gut, schön und bequem sein“, erklärte der Vertreter der LVR.

Er unterstrich, dass die Reparatur der Brücke keine 60 Mio. Euro kosten kann, wie die ukrainischen Medien berichten.

„Entweder geht es hier um das ‚Abziehen‘ europäischer Gelder oder um irgendwelche Machenschaften, den Versuch sich eine weitere Tranche ‚anzueignen‘, die für die Lösung humanitärer Aufgaben vorgesehen ist“, stellte er fest.

„Wir haben wir uns entschieden, dass es notwendig ist, sich selbständig mit der Reparatur der Brücke zu befassen. Wir haben einen Entwurf des IKRK, der das Problem löst, das es gibt, d.h. den Menschen die Möglichkeit zu geben, diese Strecke zu überwinden, ohne sich Arme und Beine zu brechen, was in der Herbst- und Winterzeit besonders gefährlich ist“, sagte der Minister.

de.sputniknews.com: **Syrische Armee nimmt an-Nusra-Terroristen in Idlib und Hama unter Artilleriebeschuss**

Die syrische Armee hat mit Raketenwerfern und Artillerie Hochburgen der Terrorkämpfer sowie deren Stützpunkte an der Grenze der Provinzen Hama und Idlib beschossen. Darüber berichtet die Nachrichtenagentur Sana am Montag.

Demnach wurden die Stellungen der Terrormiliz „Dschebhat an-Nusra“ nahe der Siedlungen Jibbin, Tall Mallah und Kafr Zaita im Nordwesten der Provinz Hama getroffen. Dabei seien Befestigungsanlagen und Raketenwerfer des Gegners zerstört worden.

In der Umgebung der Stadt Chan Schaichun im Süden der Provinz Idlib seien Stäbe der Terrorkämpfer vernichtet und auf der Straße in Richtung der Stadt Al Habit mehrere Fahrzeuge der Terroristen eliminiert worden.

Das syrische Militär habe als Reaktion auf eine Attacke auf die Siedlungen Al-Asisija und Hamamiat am Montagmorgen durch Terroristen einen intensiven Beschuss eingeleitet. Vergangenen Samstag hatte die syrische Armee einen Angriff von Terrorkämpfern der Gruppierung „Dschebhat an-Nusra“ und ihrer Verbündeten nahe des Dorfes Hamamiat abgewehrt. Die Terroristen versuchten damals, die Regierungskräfte von verschiedenen Seiten aus zu attackieren. Allerdings erlitten sie ernsthafte personelle Verluste und mussten fliehen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images//32502/75/325027592.jpg>

abends:

de.sputniknews.com: **Erdbeben erschüttert Südwesten Irans – mindestens 64 Verletzte**

Bei einem Erdbeben der Stärke 5,7 im Südwesten des Irans sind am Montag mindestens 64 Menschen verletzt worden. Fast 30 Dörfer und mehrere Gebäude wurden beschädigt. Das Beben hat sich in etwa siebzehn Kilometern Tiefe nahe der Stadt Masdsched Sulejman in der Provinz Chusestan ereignet, berichtete der Staatssender IRIB. Die halbamtliche Nachrichtenagentur berichtete sogar von 104 Verletzten, was zunächst von Behörden und Medien nicht bestätigt wurde.

Fast 30 Dörfer und mehrere Gebäude wurden beschädigt. Das Beben war laut IRIB auch in mehreren anderen Städten sowie der Nachbarprovinz Lorestan zu spüren.

Es gab auch einen Todesfall in Masdsched Sulejman, der jedoch angeblich mit dem Beben nichts zu tun hatte. Der Mann sei an Herzversagen gestorben.

de.sputniknews.com: **Pompeo gründet Menschenrechtskommission**

Der US-amerikanische Außenminister Mike Pompeo hat am Montag in Washington die Gründung einer Beraterkommission bekannt gegeben, die die Rolle von Menschenrechten in der Außenpolitik untersuchen soll, meldet die Deutsche Presse-Agentur.

Pompeo zufolge soll das Gremium Empfehlungen zum Thema Menschenrechte liefern, die auf den Grundsätzen der Vereinigten Staaten und den „Grundsätzen der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948“ beruhen.

Es sei traurig, dass es mehr als 70 Jahre nach der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte weltweit noch immer grobe Menschenrechtsverletzungen gebe, die manchmal sogar im Namen der Menschenrechte passierten. Internationale Organisationen, die gegründet worden seien, um die Rechte zu schützen, seien von ihrer ursprünglichen Mission abgekommen, erklärte der Außenminister weiter.

Man müsse darauf aufpassen, dass der Menschenrechtsdiskurs nicht für zweifelhafte oder böartige Zwecke missbraucht werde, fügte Pompeo hinzu.

Kritiker werfen der Regierung von Präsident Donald Trump vor, Menschenrechtsverletzungen oder staatliche Willkür in anderen Ländern oft nicht scharf genug zu verurteilen - insbesondere, wenn sie in Staaten passieren, die wichtige Verbündete der USA sind. So sieht sich die Regierung regelmäßig bei Treffen mit autoritären Regierungschefs Vorwürfen ausgesetzt, sie würde das Thema Menschenrechte sicherheitspolitischen oder wirtschaftlichen Interessen opfern.

Die Kommission soll von der Jura-Professorin und Ex-Botschafterin Mary Ann Glendon

geleitet werden, die zum Thema Menschenrechte geforscht hat und Pompeos Mentorin war, als dieser an der Universität Harvard studierte.